SPD Fraktion ● Marktstraße 8 ● 25813 Husum

Herrn Kreispräsident
Manfred Uekermann

Im Hause

Husum, den 15.09.2020

Antrag zu TOP 35 der Sitzung des Kreistages am 18.9.2020

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,

zum Tagesordnungspunkt „…….**Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkung der Corona-Krise**……“ beantragt die SPD-Fraktion wie folgt zu beschließen:

„Der Kreistag hat die Ergebnisse der durchgeführten Konjunkturrunden zur Kenntnis genommen.

Der Kreistag bittet die Verwaltung, Vorschläge der Teilnehmer der Anhörungen, soweit sie das Handeln der Kreisverwaltung betreffen, zu prüfen und, soweit sinnvoll und machbar, umzusetzen.

Darüber hinaus bittet der Kreistag die Verwaltung, zum nächstmöglichen Zeitpunkt in einem Bericht gegenüber den zuständigen Ausschüssen zu folgenden Fragen, die in einer nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu konkretisieren sind, Stellung zu nehmen:

1. *Genehmigungsverfahren*
   Lassen sich Genehmigungsverfahren für die der Kreis zuständig ist bzw. an denen er mitwirkt grundsätzlich beschleunigen?
   Falls ja, was müsste dazu geschehen?
   Wo steht der Kreis heute im Ranking der Genehmigungsdauer von Genehmigungen, die für die Wirtschaft des Kreises und für Privatpersonen wichtig sind?
   Hat die Coronapandemie zu Erfahrungen geführt ob Arbeit im Homeoffice Einfluss auf Genehmigungsdauern hat?

2. *Sonderfall Gaststättengewerbe*
   Vorliegende Prognosen lassen für ca. 1/3 der bisherigen Gaststättenbetriebe

VORSITZENDER Thomas Nissen nissen-thomas@t-online.de Tel.: 04664 - 98 32 17
GESCHÄFTSFÜHRER Carsten F. Sörensen c-f-soerensen@t-online.de Tel.: 04662 - 54 82
BANKVERBINDUNG Nord-Ostsee Sparkasse IBAN DE44 2175 0000 0000 0044 73 BIC NOLADE21NOS

Insolvenz oder freiwillige Betriebsaufgaben erwarten. Bekanntlich scheitern Betriebsübernahmen und Neueröffnungen häufig an Auflagen, die in Verbindung mit neuen Konzessionen gemacht werden. Ist die Verwaltung darauf vorbereitet, dass ggf. eine erhöhte Anzahl von Anträgen auf Erteilung neuer Konzessionen in absehbarer Zeit eingehen könnte? Sollten solche Anträge eingehen, hat sich die nächste Frage in ihrem Kern erledigt. Sie geht nämlich davon aus, dass kaum Anträge kommen werden, weil von potentiellen Übernehmern von Betrieben die erwarteten Auflagen als nicht erfüllbar angesehen werden. Gibt es für dieses Szenario, in der derzeitigen Krisenzeit, Ausnahmemöglichkeiten hinsichtlich der Erfüllung von Auflagen und gibt es Beratungsangebote, hinsichtlich der Erfüllung von Auflagen bzw. genügend Informationen für potentielle Existenzgründer?
Wäre das Auflegen eines Sonderprogrammes zur Erhaltung von Dorfgaststätten ein möglicher Schritt zur Schaffung von Bleibeperspektiven im ländlichen Raum?

3. *<u>Sonderfall Gesundheitsamt</u>*
   Haben die Ressourcen des Gesundheitsamtes (und der Ordnungsämter) ausgereicht, um Anfragen und Genehmigungsanträge der Wirtschaft zeitnah zu erledigen? Gibt es dort Handlungsbedarfe?

4. *<u>Ausnutzung von Ermessensspielräumen</u>*
   Gibt es Gestaltungsspielräume in der Erfüllung und Überwachung von Auflagen und Dokumentations- und Überwachungspflichten, deren vorübergehende oder dauerhafte Aussetzung oder Änderung in der konkreten Coronakrise oder in der Nachcoronazeit helfen könnte, die Krise (beschleunigt) zu überwinden?
   Sind unter dieser Überschrift der Verwaltung Situationen begegnet in der die Änderung von landes- oder bundesgesetzlichen Regelungen hilfreich wäre?

5. *<u>Digitale Infrastruktur</u>*
   Das Vorhandensein funktionierender digitaler Infrastruktur spielt in der Zeit der Coronakrise und unabhängig davon für die Bewältigung der Zukunft eine sehr große Rolle. Haben sich aus der bisherigen Arbeit unter Krisenbedingungen Erkenntnisse ergeben, zu konkreten Handlungsbedarfen innerhalb der Kreisverwaltung und im Kreisgebiet als Ganzes?
   Welche Informationen gibt es zum Stand des flächendeckenden Ausbaues des Glasfasernetzes und des 5G-Netzes? Sind Problembereiche bekannt, in denen bzw. zu denen Handlungsbedarfe bestehen?

6. *<u>Verödung Ortskerne</u>*
   Die Coronakrise hat die schon bestehende Krise des stationären Einzelhandels verschärft. Gibt es Möglichkeiten des Planungsrechtes oder andere Möglichkeiten im Rahmen von Zuständigkeiten des Kreises, der befürchteten weiteren Verödung von Ortskernen entgegen zu wirken?

7. *<u>Vernetzung/Beratung</u>*
   Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft NF sieht Bedarfe für Vernetzung der

nordfriesischen Wirtschaft und damit verbundenen Wissenstransfer. Sie hält es zudem für erforderlich, Beratungsangebote für die Digitalisierung von Betrieben zu machen und bestehende Förder- und Beratungsangebote bekannter zu machen. Gibt es eigenständige Einschätzungen der Verwaltung zu Bedarfen in diesen Bereichen und damit ggf. zur Notwendigkeit der Einplanung von Haushaltsmitteln?

8. *Nutzung Grüner Energie*
   Nordfriesland produziert im Überschuss Grüne Energie. Gibt es Einschätzungen der Verwaltung, ob genügend getan wird, um gewerbliche Endverbraucher zu motivieren diese Energie, ohne lange Transportwege, am Ort der Entstehung zu nutzen und auf diesem Wege neue, umweltsaubere Wirtschaftskraft in die Region zu holen?

9. *Lehrstelleninitiative*
   Besteht seitens der Verwaltung eine Einschätzung, ob es sinnvoll und möglich wäre mit einer Ausbildungsinitiative potentielle Auszubildende und Ausbildungsbetriebe zusammen zu bringen, um kurzfristig coronabedingte „Kontaktprobleme" zu beheben und langfristig zur Behebung des Fachkräftemangels beizutragen?

10. *Fachkräfteinitiative*
    Wäre es denkbar durch den Kreis oder unterstützt durch den Kreis erhöhte Arbeitslosigkeit in anderen Regionen für eine Fachkräftewerbeaktion zu nutzen? Zu prüfen wäre dabei auch, ob eine Verknüpfung mit angemessener Wohnraumbeschaffung (durch den Kreis, nicht durch den Arbeitgeber) eine solche Initiative befördern könnte."

Begründung:

Aufgrund des KT-Beschlusses vom 12.6.2020 haben der Wirtschaftsausschuss und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft NF, in Konjunkturrunden am 25.6.2020 und am 14.8.2020 Vertreter der Wirtschaft und von Verbänden angehört.
Regierungen und führende Wirtschaftsinstitute erwarten für 2020 einen Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP), der in der Bandbreite von 4,2% bis 9,4% angenommen wird. Prof. Dr. Kooths, IfW-Kiel, beziffert den coronabedingten Ausfall des BIP mit ca. 400 Mrd. €.
Zum Jahresende werden ca. 1 Mio. zusätzliche Arbeitslose erwartet. Die Maastricht Verschuldungskriterien werden 2020 selbst in Deutschland nicht annähernd eingehalten. Der Maastrichtvertrag sieht eine maximal zulässige Verschuldung von 60% des Bruttoinlandproduktes vor. Mit einem BIP von 3,4 Billionen € und Schulden von
2,1 Billionen € erfüllte Deutschland 2019 diese Forderung, mit einer Schuldenquote von 59,7%, gerade eben. Für 2020 wird durch massive Schuldenerhöhung und reduziertes BIP eine Verschuldungsquote in Deutschland zwischen 75 und 80% erwartet. Insgesamt ist die größte „Wirtschaftskrise" zu erwarten, die das

Nachkriegsdeutschland erlebt hat und mit zeitlicher Verzögerung werden die Einnahmen der öffentlichen Haushalte reagieren.

In Nordfriesland sind die verschiedenen Branchen der Wirtschaft unterschiedlich betroffen. Teile der Gastronomie und des Beherbergungsgewerbes sind sehr stark betroffen. Im Gaststättenbereich wird allgemein mit Insolvenzen von ca. 1/3 aller Betriebe gerechnet. Ebenfalls eine starke Betroffenheit, mit der Gefahr von vielen Geschäftsaufgaben, gibt es für Teile des Einzelhandels. Die Kombination mit dem Wettbewerbsdruck des Onlinehandels lässt (weitere) Ausblutung der Geschäftevielfalt in Ortskernen befürchten.
Große Probleme bestehen bei Künstlern, dem Unterhaltungs- und Freizeitgewerbe und bei einigen Bereichen des Handwerks.
Das in Nordfriesland bedeutende Bauhandwerk arbeitet noch unter „Hochkonjunkturbedingungen“, macht sich aber Gedanken über Folgeaufträge in den Jahren 2021 und 2022.

Die in Nordfriesland immer noch bedeutsame Landwirtschaft ist in den meisten Produktionsrichtungen nur relativ wenig von konkreten Coronafolgen beeinträchtigt worden. Stattdessen führen die Erwartungen und in ihrer Folge Auflagen/Gesetze, die einem politischen Mainstream entsprechen und eine sehr weitreichende Veränderung der Landwirtschaft verlangen, zu Existenzsorgen und zu einem verstärkten Strukturwandel. Dieser Restrukturierungsprozess wird unabweisbar zu einer wirtschaftlichen und sozialen Schwächung des ländlichen Raums führen.

Für die Branche der Betriebe, die zu EEG-Bedingungen Strom erzeugen, für das damit verbundene Handwerk und für das Dienstleistungsgewerbe sind ebenfalls nicht die Coronafolgen Grundlage wesentlicher Probleme, sondern das Auslaufen alter, sehr hoher EEG-Vergütungen, zunehmende Widerstände bei Anwohnern gegenüber bestehenden und neuen Anlagen sowie fehlende planungsrechtliche und EEG-Grundlagen.

Zu erwähnen sind Landwirtschaft und Energiebranche, weil sie parallel zu den Folgen der Coronapandemie die Gefahr bergen, Tendenzen zu einer abnehmenden regionalen Wertschöpfung zu verstärken.

Trotz der beschriebenen negativen Aussichten gibt es in NF Branchen, die Fachkräfte suchen und unbesetzte Lehrstellen bei gleichzeitig unversorgten Schulabgängern.

Die Bundes- und die Landesregierung haben inzwischen eine Reihe von direkten finanziellen Hilfen für die Wirtschaft, Arbeitnehmer und Privatpersonen beschlossen.

Der Kreis Nordfriesland begrüßt diese Maßnahmen und tritt für eine weiterhin schnelle
Umsetzung der schon laufenden Programme ein. Ein eigenes Hilfsprogramm, das aus dem Kreishaushalt direkte finanzielle Hilfen gewährt, wird der Kreis aber nicht auflegen können.
Die Handlungsmöglichkeiten des Kreises beschränken sich daher im Wesentlichen auf Entbürokratisierung, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Ausnutzung von Handlungsspielräumen bei der Erfüllung von Auflagen und Schaffung bzw. Förderung des Aufbaues von Infrastrukturen, die geeignet sind die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kreises zu verbessern um damit den Coronafolgen und grundsätzlich bestehenden Struktur- und Anpassungsproblemen zu begegnen.

Für die SPD-Fraktion

Sabine Müller